

Ausblick – Die Zukunft der Globalisierung

Über die Zukunft der Globalisierung wird regelmäßig in Krisenzeiten diskutiert. Auslöser sind entweder temporäre Rückgänge einzelner Indikatoren, Lieferprobleme und nicht reibungslos funktionierende Lieferketten oder politisch-ökonomische Konflikte mit protektionistischen Folgen und neuerdings leider auch eine kaum vorhersehbarer Angriffskrieg in Europa und die Kriegsfolgen.

Tatsächlich nahm die Dynamik des Welthandelwachstums zwischen 2011 und 2019 ab, die Wachstumsrate war zeitweise geringer als die der Weltproduktion. Zwar wuchs der Bestand an Direktinvestitionen, aber die laufenden globalen Direktinvestitionen gingen ab 2017 zurück. In diesem Zusammenhang wird dann darüber spekuliert, ob man eher von einer stockenden Globalisierung oder sogar von einer *De-Globalisierung*, also einer eher längerfristigen negativen Entwicklung zentraler Indikatoren sprechen sollte (vgl. Antràs, 2020; Matthes, 2021). Wichtigste Indikatoren sind hier die Entwicklung des Güter- und Dienstleistungshandels, der internationalen Devisentransaktionen, der grenzüberschreitenden Investitionen (Direktinvestitionen) und Fusionen sowie die Entwicklung der Arbeitsmigration. Zusammen mit anderen Beobachtungen lässt sich hieraus allerdings eher eine Verlangsamung der Globalisierung als eine De-Globalisierung ableiten (vgl. Kolev & Matthes, 2021).¹

Die folgende kurze Darstellung der möglichen Ursachen für diese Prognose und die anschließende Einschätzung sollen dazu beitragen diese Entwicklungen entsprechend einzuordnen. In jedem Fall sollte dabei aber immer mitgedacht werden, ob eine De-Globalisierung und damit ein Ende der weltweiten Vernetzung überhaupt (noch) möglich ist, wie eine solche aussehen würde und welche Folgen dies für alle Akteure hätte. Betrachten wir einige der relevanten Entwicklungen in der letzten Zeit:

(1) **Abhängigkeit:** Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde vielen Ländern ihre gestiegene, z. T. einseitige, Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten vor Augen geführt. Eine Übernachfrage nach medizinischen Produkten, die zudem noch besonders schnell befriedigt werden sollte, stieß auf ein begrenztes Angebot. Dieses führte zu einer kurzfristigen Überlastung der Produktionskapazitäten im Ausland und zugleich der vorhandenen Transportkapazitäten. Was zunächst nach einem Problem von Billigprodukten, etwa bei Schutzmasken, aussah, weitete sich dann zu permanenten Bereitstellungsproblemen in den unterschiedlichsten Bereichen und Wertschöpfungsketten aus: strategische Rohstoffe, Vorprodukte, Microchips, Pharmaprodukte etc. Folge dieser Lieferschwierigkeiten waren neben den temporären Nicht-Verfügbarkeiten, Produktionsstopps und zum Teil erhebliche Preissteigerungen, u. a. hervorgerufen durch die schlagartig gestiegene globale Nachfrage und das Konkurrenzverhalten der Nachfrager sowie Transportprobleme. Die Nachfrager wurden erpressbar, während gleichzeitig Produzenten und vor allem Zwischenhändler erhebliche Krisengewinne verbuchen konnten. Die gleiche Problematik, nur in verschärfter Form, zeigte sich im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den darauffolgenden Sanktionen: Die Abhängigkeiten vor allem von russischen Energieimporten, etwa im Falle von Deutschland, und von ukrainischen Getreideimporten, vor allem von

afrikanische und Nahoststaaten, führten zu kurz- und mittelfristigen politisch-ökonomischen Problemen.

Abhängigkeiten sind immer die andere Seite von Arbeitsteilung und insbesondere von internationaler Arbeitsteilung. Wenn eine Seite nicht mehr alle benötigten Produkte selbst produzieren will oder kann, ist sie auf andere Produzenten und Lieferanten – im eigenen Land oder im Ausland – angewiesen. Der Komplexität der Produkte,² verbunden mit einer inzwischen extrem differenzierten internationalen Arbeitsteilung kann in einer VUCA-Welt³ nicht durch einfache einseitige Maßnahmen entgegengewirkt werden. Theoretisch möglich wäre dies unter Hinnahme höherer Produktions- und Beschaffungskosten allenfalls auf längere Sicht durch einen höheren Anteil an Eigenproduktion, etwa von einzelnen Modulen. Dies wird in unserer differenzierten Gesellschaft jedoch niemals für alle Produkte oder Dienstleistungen möglich und vor allem auch wünschenswert sein. Im Einzelfall könnte dies aber durchaus für als strategisch bewertete Produkte, etwa bei Atemschutzmasken oder einzelnen Pharmaprodukten, aber auch durch eine höhere Nutzung regenerativer Energiequellen, durchaus sinnvoll sein.

In jedem Fall aber müssen einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten oder Staaten reduziert werden. Dies zeigt sich gerade überdeutlich bei der derzeitigen europäischen Abhängigkeit der Energieversorgung von Russland. Eine Diversifizierung der Lieferanten, der Aufbau von alternativen Lieferketten und eine gezielte „Entkoppelung“ ist daher unbedingt notwendig, um Ausfälle auch kurzfristig kompensieren zu können. Dies spricht jedoch keineswegs gegen die Globalisierung, allenfalls gegen falsche, z.T. auch von falschen Einschätzungen abgeleitete Globalisierungsstrategien. Globalisierung kann durch die notwendige Entwicklung von Gegenstrategien zwar partiell ins Stocken geraten und wird mit großer Sicherheit in Teilbereichen auch (laufend) modifiziert – in Frage gestellt wird sie dadurch aber keinesfalls.

(2) **Lieferketten** (*supply chains*): Immer wieder werden etablierte Lieferketten unterbrochen. Besonders gravierend war dies während der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Unterbrochene Lieferketten lassen die Weltwirtschaft in einen Schlingerkurs geraten. Erheblichen Produktionseinbrüchen durch Lieferengpässe und dem Mangel an benötigten Materialien folgen häufig sprunghafte Nachfragesteigerungen sowohl im Produktions- als auch im Konsumgüterbereich. Besonders gravierend war dies während der Corona-Pandemie bei Halbleitern und während des Krieges bei Rohstoffen und Produktionskomponenten, etwa bei Kabelbäumen für die Automobilproduktion. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die sehr unterschiedlichen politischen Reaktionen in den Produktionsländern. Prominentes Beispiel ist China, das im Rahmen seiner äußerst restriktiven Null-Covid-Strategie seine Grenzen weitgehend geschlossen hielt und schon bei einzelnen Corona-Vorfällen Produktionsstätten, Hafen-Terminals oder ganze Städte zeitweise komplett stilllegte. Dies führte insbesondere zunächst in den Aufschwung-Phasen zu Transportproblemen mit gestiegenen Transportzeiten, Lieferausfällen und z. T. unkalkulierbaren Preiserhöhungen für Fertig- und Halbfertigprodukte sowie für die Transportkosten. Allein zwischen Ende 2019 und Mitte 2021 stiegen die Frachtraten für Container um bis zu 1000 %.

Das (neue) *deutsche Lieferkettengesetz* führt spätestens ab 2023 zu mehr Auflagen und neuer Verantwortung, auch für Subunternehmen (vgl. BMZ, 2021). Mit der von der EU-Kommission im Februar 2022 vorgelegten *Richtlinie zum Schutz der Umwelt-, Klima und Menschenrechte*

werden die Vorgaben sogar noch schärfer ausfallen und es werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch noch mehr Unternehmen betroffen sein. In jedem Fall werden Unternehmen dazu verpflichtet, in ihrer Lieferkette auf menschenwürdige Arbeitsplätze und die Einhaltung von Umweltstandards zu achten. Sie müssen höhere Sorgfaltspflichten wahrnehmen und ihre Lieferanten besser überprüfen. Unter die EU-Richtlinie fallen nach Schätzungen der Europäischen Kommission rund 13.000 Unternehmen in der EU sowie weitere 4.000 Unternehmen aus Drittstaaten, die auf dem europäischen Binnenmarkt tätig sind. Dadurch wird es wahrscheinlich zu einer Verkürzung der *supply chains* kommen, durch Rückholung der Produktion in das eigene Land (*re-shoring*) oder in benachbarte Länder, etwa die EU, (*near shoring*). Dies wird unterstützt durch industriepolitische Maßnahmen der EU, die als eine Strategie zur Verringerung von Abhängigkeiten den Aufbau strategischer Allianzen in Schlüsselsektoren, u. a. durch die „*European Raw Materials Alliance*“ fördert (vgl. Europäische Kommission, 2021). Dadurch können sich auch Auslandsaktivitäten insgesamt reduzieren. In die gleiche Richtung kann eine Verteuerung von Verschmutzungsrechten durch die geplante Erhöhung der CO₂-Abgabe sowie der lokale Einsatz von immer flexibler einsetzbaren Robotern (etwa bei einer Jeansproduktion im Hochlohnland Deutschland) wirken.

Auch wenn diese Entwicklungen die Gruppe der Globalisierungsgewinner erheblich durcheinanderwirbelt, ist hierin kaum eine Ursache für eine generelle Abwendung von der Globalisierung zu erkennen. Vielmehr handelt es sich um Auswirkungen des permanenten Strukturwandels. Dies gilt auch dann, wenn sich der schon länger beobachtbare Trend zum *re-shoring* verstärken sollte. Durch *re-shoring* versuchen Unternehmen die Kontrolle über einzelne Produktionsschritte zurückzugewinnen und ihre Reaktionsgeschwindigkeit auf Änderungen der Nachfragerwünsche u.a. durch die Reduzierung der Transportzeiten für Fertigprodukte zu erhöhen. Eine Variante besteht darin, unter Resilienz-Gesichtspunkten die Produktion und auch die Lieferketten auf verschiedene absatzstarke Regionen, etwa in Europa, zu konzentrieren, also die Produktion stärker zu *regionalisieren*.⁴ Dieser Trend wird verstärkt durch steigende Löhne, die die Produktion in den bisherigen, zuvor als Niedriglohnländer eingestuft, Produktionsländern weniger rentabel machen.⁵

Beide Varianten stoßen jedoch auf erhebliche Probleme. Unternehmen nennen hier vor allem die Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit regionaler Lieferanten und geeigneter Arbeitskräfte sowie die höheren Kosten (vgl. Hoberg et al., 2022). Trotz *re-shoring* und einer Verkürzung globaler *supply chains* wird daher für Rohstoffe, Vor- und Zwischenprodukte ein *global sourcing* unumgänglich bleiben, auch wenn die ausländischen Kostenvorteile durch die höheren Transaktionskosten reduziert werden. Durch eine Risikoverlagerung auf mehrere Vorlieferanten, etwa durch ein *dual sourcing*, und eine Diversifizierung von Produktionsstandorten können zu starke Abhängigkeiten von einzelnen Standorten vermieden werden. Dadurch könnten Globalisierungsaktivitäten sogar ausgeweitet werden. Unter dem Strich werden diese Entwicklungen zwar die Regionalisierung beschleunigen und damit möglicherweise auch zu einer Verlangsamung der Globalisierung bei tendenziell steigenden Produktionskosten führen. Eine De-Globalisierung wird hieraus jedoch nicht ableitbar sein.

(3) **China** wird seiner Rolle als zuverlässiges Element der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere als globaler Produktionsstandort immer weniger gerecht. Die Verunsicherung westlicher Partner nimmt zu. Die neue Politik begann spätestens mit dem 2015 aufgelegten Masterplan „*Made in China 2025*“ (MIC 2025) für erhebliche

Unruhe zu sorgen. Dieser Plan macht deutlich, dass China seine Abhängigkeit vom westlichen Ausland drastisch reduzieren und zur führenden Wirtschaftsnation weltweit aufsteigen möchte. Erreicht werden soll dies u. a. mit einer Erhöhung des Inlandsanteils der Produktion in den 10 wichtigsten Branchen auf 70 % bis 2025 (vgl. Black & Morrison, 2021). Der derzeit parallel hierzu praktizierte neue Politikansatz der „Zwei Kreisläufe“ (*dual circulation*) sieht den Aufbau eines „internen Wirtschaftskreislaufs“ vor. Den (externen) Austauschbeziehungen mit dem Ausland soll nur noch eine „unterstützende Rolle“ zukommen. China will sich damit – auch als Antwort auf die US-amerikanische Protektionspolitik – vor allem wohl auch aus Sicherheitsüberlegungen auf die industriepolitische Förderung strategisch wichtiger Industrien konzentrieren. Dies wird mit Sicherheit zu einer strukturellen Änderung und möglicherweise auch zu einer gewissen Einschränkung von Außenhandelsbeziehungen führen. Diese Diskussion wird derzeit unter dem Stichwort „*decoupling*“, Entflechtung, geführt. Sicherlich werden hierdurch Lieferketten geändert und neuen Regeln und Handelshürden mit neuen Strategien begegnet werden müssen. Insgesamt wird Globalisierung hierdurch komplexer und auch schwieriger zu handhaben (vgl. ebd.).

Hinzu kommt, dass erhebliche *Lohnkostensteigerungen* die Produktion in China verteuern. China ist schon lange keine billige „*verlängerte Werkbank*“ mehr. Weiterhin praktizierte *Industriespionage* und Ideendiebstahl (vgl. u. a. ebd. S. 50), also illegale Aktivitäten und die Verletzung von WTO-Abkommen, wie des TRIPS-Abkommens für geistiges Eigentum, sowie unfaire Handelspraktiken, wie die wettbewerbsbehindernde massive Subventionierung von Schlüsselindustrien, gefährden das Vertrauen in die Zusammenarbeit. Aufgrund von zeitweisen Energieproblemen wurde die energieintensive Produktion in China massiv heruntergefahren und die *Energiebereitstellung* zeitweise gedrosselt, sodass in China produzierende in- und ausländische Unternehmen ihre Produktion einschränken mussten. Als Begleiterscheinung der erwähnten rigorosen *Null-Covid-Politik* werden medial Misstrauen und Abneigung gegen Ausländer geschürt (vgl. Deuber, 2020). Vor allem aber brachten langfristige, unkalkulierbare massive Lockdowns erhebliche Produktionsbeschränkungen und *Transportverzögerungen* mit sich. Diese Situation führte dazu, dass sich die globale Versorgung vor allem mit Vor- und Halbfertigprodukten (wie Stahl, Magnesium, Chips und Halbleitern) zumindest temporär verschlechterte. Produktionsausfälle, Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei den Endproduktproduzenten waren die Folge.

Die *repressive und aggressive Politik* Chinas beeinträchtigt zudem die internationalen Beziehungen erheblich. Beispiele hierfür sind die Einschränkung der *Meinungs- und Pressefreiheit* im Inland, das „Sicherheitsgesetz“ für den Welthandelsknotenpunkt *Hongkong*, die derzeit wieder deutlich zunehmenden *Aggressionen* und Drohungen gegenüber *Taiwan*, die permanenten Verletzungen des taiwanesischen Luftraums durch chinesische Flugzeuge und inzwischen auch durch Sicherheitszonen verletzende Militärmanöver, die *Gefährdung* der wichtigen Meeresstraßen durch das Südchinesische Meer aufgrund der *de facto* Annexion der von fünf weiteren Anrainerstaaten beanspruchten *Spratly-Inseln*, die vielfach dokumentierten *Menschenrechtsverletzungen* durch *Folter* und die mit weitem Abstand weltweit höchste Anzahl an unmenschlichen vollzogenen *Todesstrafen*, sowie die *Unterdrückung ethnischer Minderheiten* in *Tibet* und *Xinjiang*.

Alle erwähnten Entwicklungen wirken sich zunächst auch negativ auf die Globalisierung aus und zählen sicherlich zu den wichtigsten Gegenargumenten für eine reibungslose Fortsetzung der Globalisierung. Allerdings ist auch hier zu fragen, ob dadurch eine De-Globalisierung

eingeleitet wurde oder wird. Drei gegensätzliche Entwicklungen sprechen dagegen. Zum *einen* hat sich die globale Rolle Chinas bereits gewandelt. Durch seine *One Belt One Road Initiative* („Neue Seidenstraße“) bindet China eine Vielzahl neuer Partner stärker an sich und sichert sich politischen und wirtschaftlichen Einfluss und einen garantierten Zugang zur Versorgung mit Rohstoffen. Zugleich werden neue landgestützte Transportverbindungen nach Europa erschlossen, neue Absatzmärkte eröffnet und es werden eigene Arbeitsplätze durch den Ausbau der Infrastruktur in den betreffenden Ländern gesichert. Parallel dazu fokussiert sich China (*zweitens*) immer stärker auf das wirtschaftlich außerordentlich potente asiatische Umfeld. 2020 wurde ein wichtiges neues *Wirtschaftsbündnis (RCEP)* ins Leben gerufen und 2021 baute China durch eine neue umfassende *strategische Partnerschaft* seine Kooperation mit den 10 ASEAN-Staaten aus.⁶

Schließlich werden (*drittens*) durch *MIC 2025* Investitionen in Schlüsselsektoren, auch durch Übernahmen ausländischer Unternehmen, mobilisiert, um dem Ziel der Weltmarktführerschaft in strategischen Wirtschaftsbereichen näher zu kommen. Auch die Strategie der *Zwei Kreisläufe* muss sich nicht unbedingt negativ auswirken (vgl. Brown et al., 2021; Black & Morrison, 2021). Es ist allerdings wahrscheinlich, dass sich dadurch der Charakter und die Qualität der Austauschbeziehungen ändert, zu Gunsten von strategischen Partnerschaften mit Unternehmen, deren Technologie aus chinesischer Sicht für den „internen Kreislauf“ benötigt wird. Fasst man diese gegenläufigen Bewegungen zusammen, so erfindet sich China und seine Rolle in der Weltwirtschaft gerade neu. Unter dem Strich könnte es trotz einzelner Rückschläge mittelfristig sogar zu einem Ausbau der Globalisierung, nun evtl. mit einem stärkeren asiatischen Fokus, kommen, während die restriktiven politischen Aspekte in den Hintergrund treten könnten. Dies gilt auch dann, wenn die stärkere Betonung und Beachtung der *Menschenrechte* vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen zu einer restriktiven Haltung insbesondere der westlichen Länder gegenüber zukünftigen Direktinvestitionen führen wird.

(4) **USA:** Ex-US-Präsident Donald Trump startete im Rahmen seiner *nationalistisch* ausgerichteten Politik – „*America First*“, „*Buy American*“ – 2018 eine Wiederbelebung des periodisch immer wieder neu um sich greifenden *Protektionismus*.⁷ Die USA versuchten so ihre stark defizitäre Handelsbilanz durch den Einsatz von Zöllen, Sanktionen und Embargos vorwiegend gegenüber China, aber auch gegenüber westlichen Handelspartnern zu sanieren. Durch die geplante Reduzierung der Importe und die Steigerung eigener Exporte sollten neue Arbeitsplätze in den USA geschaffen werden. Gleichzeitig sollte aber auch China auf seinem Weg an die Spitze der Weltwirtschaft gebremst werden. Damit einher ging eine Blockadepolitik gegenüber internationalen Organisationen und Abkommen, u.a. gegen die WTO, die WHO und das Pariser Weltklimaabkommen, und ein Ausstieg aus geplanten und bestehenden regionalen Handelsabkommen, wie CPTPP, RCEP und der NAFTA.⁸ China und auch die von diesen protektionistischen Maßnahmen betroffene EU antworteten mit dem Einsatz ähnlicher Instrumente.

Diese unilaterale, merkantilistische Haltung der USA zur einseitigen Durchsetzung eigener Interessen und Marktmacht ist keineswegs neu (vgl. Koch, 2006). Sie war nur zeitweise eher verdeckt und wird in abgeschwächter Form auch von dem derzeitigen demokratischen Präsidenten Joseph Biden fortgeführt. Vorübergehend verringerten sich durch diese Politik einige globale wirtschaftliche Austauschbeziehungen. Allerdings wurden die angestrebten nationalen Ziele verfehlt. Das US-Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich sogar noch von knapp

800 Mrd US\$ (2016) auf 860 Mrd US\$ (2021). Die USA werden ihre restriktive Handelspolitik gegenüber China fortführen. Allerdings versuchen sie dies nun gemeinsam mit ihren westlichen Partnern zu tun. Es könnte daher zu kleineren Verschiebungen, jedoch kaum zu einem generellen Richtungswechsel der Globalisierung kommen.

(5) Der **Klimawandel** wird erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Die Notwendigkeit, verstärkte Klimaschutzmaßnahmen einzuführen und einzuhalten, wird dazu führen, dass Produktionsverlagerungen mit dem Ziel, strenge Klimaschutzmaßnahmen zu umgehen, gestoppt werden. Gleichzeitig steigt der Druck, CO₂-Emittenten, die sich nicht am globalen Klimaschutz beteiligen wollen, handelspolitisch zu sanktionieren (vgl. Kolev & Matthes, 2021). Viel problematischer aber werden die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen für Länder sein, die direkt von Klimakatastrophen betroffen sein werden. Diese werden möglicherweise so dramatisch ausfallen, dass die betroffenen Länder, in der Regel meist Entwicklungs- und Schwellenländer, die Schutz- und Wiederaufbaukosten nicht alleine tragen können. Die im Rahmen der Pariser Klimavereinbarung (2015) und später durch COP 26 in Glasgow (2021) konkretisierten Finanzhilfen für die Klimaanpassung, die durch die internationale Gemeinschaft bereitgestellt werden sollen, werden vermutlich kaum ausreichen. Zudem dürften aufgrund der internationalen Vernetzung auch lokale Klimakatastrophen Folgen für die globale Wirtschaft haben. Transportprobleme, lokale Produktionsausfälle, Vermögensverluste sowie Versorgungsprobleme und -engpässe dürften zunehmen, sodass sich aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten Unsicherheiten verstärken und negative Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Globalisierung folgen können (vgl. u. a. Bauer, 2021; Potsdam Institut 2021). Es ist also auch hier die Frage, ob diese Krisen und krisenhaften Entwicklungen zu einer De-Globalisierung beitragen werden.

Ein Rückblick auf die Krisen der Globalisierung der vergangenen 35 Jahre zeigt immer wieder zum Teil erhebliche Einbrüche bei den Globalisierungsindikatoren. Dies gilt für verschiedene Verschuldungskrisen (Schwellenländerkrise, Asienkrise, Euro-Krise), Finanzkrisen sowie für die Corona-Pandemie-Krise und die Russland-Ukraine-Krise. Alle Krisen führten zu einer Vielzahl politischer, sozialer und ökonomischer Kollateralschäden für die Weltwirtschaft. Tatsächlich zeigt der Rückblick aber auch immer wieder eine bemerkenswert schnelle Erholung der Indikatoren. So lag der internationale Warenhandel schon Anfang 2022 trotz der geschilderten negativen Begleitumstände schon wieder über dem Niveau von 2019, also der Situation zu Beginn der Corona-Pandemie. Die Rückkehr zur „Normalität“ gelang damit etwa doppelt so schnell wie nach der Weltfinanzkrise zehn Jahre zuvor.

Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die maßgeblichen Akteure durch eine Anpassung vieler Mechanismen reagierten, da für sie offensichtlich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung und damit der Globalisierung überwogen. Dabei war es nicht leicht – und wird es auch in Zukunft nicht sein – das globale Abhängigkeitsgeflecht mit seinen erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die eigenen Zwecke neu zu ordnen und zu gestalten. Volkswirtschaften und Unternehmen werden auch zukünftig laufend gezwungen sein, ihre Wirtschaftsbeziehungen neu zu justieren und zu optimieren. Dies wird – nicht nur für Unternehmen – u. a. dadurch geschehen, dass *just-in-time*-Systeme reformiert werden und der Vorratshaltung mit größeren Lagern und Speichern wieder mehr Bedeutung zugemessen wird, um (temporäre) Lieferengpässe zu überbrücken. Die internationalen Handels- und Produktionspartner und damit die *supply chains* dürften stärker diversifiziert werden, um einseitige Abhängigkeiten (s.o.) zu reduzieren. Kombiniert mit den Möglichkeiten des *re-*

shoring und des strategischen *near shoring* wird damit eine stärkere *Regionalisierung*, unterstützt durch eine weiter verstärkte umfassende Nutzung der Möglichkeiten der Automatisierung, nicht auszuschließen sein. Aber auch dies wird, wie bereits erwähnt, nur die Art der Globalisierung partiell verändern, auf die mittelfristige Entwicklung der Globalisierungsindikatoren wird sich dies mit Sicherheit nur geringfügig auswirken.

(6) Der **internationale Wettbewerb** wird durch verschiedene Entwicklungen bedroht. Zum einen *wirtschaftlich* durch immer größere Unternehmen, die ihre (Quasi-) Monopolstellung ausnutzen (können). Dies sind u.a. die unter dem Akronym GAFA⁹ zusammengefassten US-Internetunternehmen, die über Informations- und Datenmonopole verfügen und in der Lage sind, Konkurrenten entweder vom Markt zu verdrängen oder diese aufzukaufen.¹⁰ Die Ausübung von *monopolistischer Marktmacht* zerstört jedoch die Idee und Praxis des internationalen Wettbewerbs, die letztlich darauf beruht, durch Innovationen, Transformation und Anpassung auch Konkurrenten die erfolgreiche Marktteilnahme zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche Macht auch die Durchsetzung von individuellen wirtschaftlichen Zielen auf Kosten der Allgemeinheit, etwa durch die Aushandlung von anderen Staaten benachteiligenden Steuerbedingungen oder die Beeinflussung von Gesetzgebungsverfahren per Lobbyarbeit ermöglicht. Die Existenz von *Steueroasen*, bzw. die Möglichkeit, illegale Finanztransaktionen erfolgreich zu verschleiern, häufig sogar innerhalb von Staaten (USA) oder liberalen Staatenbündnissen (EU),¹¹ unterminiert *politisches Vertrauen*. Hierzu zählt auch das Errichten neuer physischer Grenzen und *Mauern* oder eine – möglicherweise auch nur temporäre – Protektions- und *Abschottungspolitik*. Verstärkt wird dieser Vertrauensverlust durch ein als aggressiv einzustufendes Verhalten liberalisierungsfeindlicher *Autokratien*, das zudem die Gefahr neuer bewaffneter Konflikte nach sich ziehen kann. Beides sind Gefährdungspotenziale für die weitere Entwicklung der Globalisierung.

Der Konsens über eine globale Mindeststeuer für *global player*, sowie eine energische supranationale Wettbewerbspolitik, wie u.a. durch die Europäische Kommission betrieben, kann die ökonomisch-politische Macht großer Konzerne zumindest reduzieren. Tatsächlich aber kann die aggressive wettbewerbsfeindliche Durchsetzung von nationalen ökonomischen und politischen Interessen den der Globalisierung zugrunde liegenden allgemeinen Konsens über bestehende und weiter zu entwickelnde Rahmenbedingungen und Spielregeln gefährden. Die Gefahr neuer oder ausgeweiteter Konflikte bzw. bewaffneter Auseinandersetzungen in globalisierungsrelevanten Regionen wie dem Südchinesischen oder auch dem Schwarzen Meer besteht durchaus. Das 2021 vereinbarte trilaterale Militärbündnis AUKUS zwischen Australien, Großbritannien und den USA ist eine erste Antwort, der Beitritt bislang bündnisfreier europäischer Staaten zur NATO sind eine andere Antwort darauf. Eine Verschärfung dieser Situationen und die damit verbundene Verunsicherung kann in der Tat die Voraussetzungen für Globalisierung erheblich gefährden, im Zweifel kann sie zu einem dramatischen Rückschlag führen. Allerdings wird es auch dann kaum zu einer vollständigen Zerschlagung von gewachsenen und i.d.R. gut funktionierenden Netzwerken kommen, so dass – bei optimistischer Grundhaltung – auch hier von einem wohl eher temporären Rückschlag ausgegangen werden kann.

(7) Der im Februar 2022 begonnene **Angriffskrieg Russlands** gegen die die Ukraine hat die Welt innerhalb weniger Tage verändert. Die in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffe wie „Zivilisationsbruch“ oder „Zeitenwende“ sind gerechtfertigt und werden auch die

Globalisierung beeinflussen. Innerhalb kürzester Zeit hat sich „der Westen“ (die EU, die EU mit Nordamerika, die NATO, die G7 ...) wieder zusammengeschlossen, gemeinsame Strategien (politisch, wirtschaftlich, militärisch) zu einer Eindämmung der russischen Aggression beschlossen und auch umgesetzt. Damit wurde Russland als *global player* isoliert – mit bedeutenden Auswirkungen vor allem auf die zukünftige politische und die wirtschaftliche Rolle Russlands im Rahmen der Globalisierung. U.a. führten die schnellen massiven Sanktionen des „Westens“ dazu, dass Transportverbindungen (insbesondere im Luftverkehr) und damit auch Lieferketten unterbrochen und etablierte Geschäfts- und Handelsbeziehungen sowie Kooperationen beendet wurden. Enteignungen, Zwangsverwaltung und Verstaatlichungen von westlichen Unternehmen in Russland wurden für möglich gehalten.. Die Kündigung fester vertraglicher Beziehungen, der mangelhafte Investitionsschutz und die damit verbundene Rechtsunsicherheit führten nicht nur zu einer generellen Verunsicherung von westlichen Investoren in Russland, sondern werden mit Sicherheit auch zu einem generellen Überdenken und einer eventuellen Reduzierung oder Diversifizierung von Auslandsinvestitionen (FDI) in anderen Ländern führen.

Die Rolle Russlands wird sich ändern. Es wird wohl langfristig Rohstofflieferant für eher nicht-westliche Länder bleiben, aber die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung wird durch die massiven Wirtschaftssanktionen gebremst. Gleichzeitig zeigt sich hierbei auch, dass die Abkoppelung nationaler Medien von den globalen Nachrichten, verbunden mit der lokalen Verbreitung von *fake news* und der Unterdrückung von Meinungsfreiheit fatale Auswirkungen auf die Meinungsbildung der jeweiligen Gesellschaft hat. Es zeigt sich aber auch, dass solche Zugangsbeschränkungen niemals vollständig gelingen können und die Zivilgesellschaft nicht in vollem Umfang und auf Dauer von den *right news*, also wahrheitsgemäßen, authentischen Informationen, abgekoppelt werden kann. Auch dies beeinflusst die Globalisierung. Ein wichtiges Beispiel neben vielen anderen ist die Entscheidung Deutschlands, die „Gaspipeline Nord Stream 2“ nicht in Betrieb zu nehmen und die einseitige Abhängigkeit von russischen Energieimporten schnell zu beenden. Gleichzeitig werden die lange verzögerten eigenen Anstrengungen zur Selbstversorgung mit erneuerbaren „grünen Energien“ und damit eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten zu erreichen intensiviert.

Andererseits werden hierdurch andere, neue Wirtschaftsbeziehungen, etwa im Bereich des Flüssiggasimports oder des Handels mit Anlagen und Fertigwaren im Bereich der alternativen Energien, ausgebaut oder gestärkt. Denn auch hier gilt, dass diese Ereignisse Globalisierung nicht beenden oder gar eine De-Globalisierung einleiten werden. Allenfalls ist ein neuer Einschnitt zu erwarten, der vermutlich aber relativ schnell wieder aufgeholt werden wird.

Zusammenfassend lässt sich damit konstatieren, dass die weitere Entwicklung der Globalisierung von den sich immer wieder ändernden Rahmenbedingungen und Strukturwandelprozessen, aber auch von den zum Teil irrationalen nationalistisch geprägten Entscheidungen einzelner Akteure abhängt. Jedoch auch davon, inwieweit und wie schnell es der internationalen Politik gelingt, Märkte (wieder) zu öffnen und globale Wirtschaftsbeziehungen neu zu gestalten und auszurichten. Dabei wird es immer wieder Rückschläge geben. Alle bisherigen Rückschläge konnten allerdings meist (überraschend) schnell wieder aufgeholt werden. Es gab – und dies wird auch zukünftig der Fall sein – immer wieder Schwierigkeiten, Verschiebungen, Schwerpunktverlagerungen sowie Boykotte und Sanktionen mit geoökonomischen Folgen. Dies liegt in der Natur internationaler Beziehungen.

Es wird daher gegenläufige Bewegungen geben, Bemühungen Lieferketten zu verkürzen, zu diversifizieren oder auch zu (re)nationalisieren oder zu regionalisieren. Auch wird sich die Rolle einzelner (Schlüssel-)Akteure ändern. Auch China wird ein wichtiger Player bleiben, dürfte aber zukünftig eine weniger zentrale Rolle einnehmen. Tatsächlich gibt es keine überzeugende Alternative zu einer Fortsetzung der Globalisierung. Letztlich werden die Markt- und Globalisierungskräfte mit hoher Wahrscheinlichkeit stets versuchen, die in der Globalisierung liegenden Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen und die jeweils auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden. Resultat dürfte eine von Unterbrechungen begleitete und daher verlangsamte, aber tendenziell weiterhin positive Entwicklung der Globalisierungsindikatoren sein.

Diese Prognose ist allerdings an die Voraussetzung geknüpft, dass die Weiterentwicklung der *Global Governance*, als permanente Aufgabe der Weltgemeinschaft, ihrer wichtigsten Akteure und ihrer Institutionen begriffen wird.

Die Basis der GWO bildet eine **Globale Sicherheitsarchitektur**, die mindestens drei Elemente beinhaltet, die Verhinderung *sicherheitsrelevanter Krisen* mit globalen Auswirkungen möglichst schon im Vorfeld, die Bekämpfung globaler *internationaler organisierter Kriminalität* sowie nationale und internationale *Entwicklungskooperation*, um die sich aus dem Nord-Süd-Gefälle ergebenden krisenhaften Entwicklungsdifferenzen dauerhaft zu verringern und langfristig die Voraussetzungen für eine sicherere Zukunft schaffen. Den Kernbereich bildet eine **Globale Wirtschaftsarchitektur**, die sich in eine globale Handels- und Wettbewerbsordnung, den „realen“ Bereich, sowie eine globale Währungs- und Finanzordnung, den „nominalen“ Bereich, unterteilt. Eine **Globale Nachhaltigkeitsarchitektur** muss Schutz- und Korrekturmechanismen für die durch die Globalisierung Benachteiligten zur Verfügung stellen und zwar durch eine *globale Sozialordnung*, eine *globale Umweltordnung*, die inzwischen durch den Kampf gegen die Erderwärmung, die *Klimapolitik*, erweitert wurde (vgl. Koch 2022, Kapitel 9).

Dabei wird es darum gehen, ob der weitere Ausbau einer vernetzten regel- und vertragsbasierten globalen Welt wahrscheinlicher ist als eine Welt, die in verschiedene sich tendenziell feindlich gegenüberstehende nationalistische „Teilwelten“ zerfällt. Dies ist dann der Fall, wenn alle entscheidenden Akteure die Einsicht gewonnen haben, dass unser globales System, unser Globus, nur durch Vernetzung und gemeinsam angestrebte Ziele und Entwicklungen, durch Kooperation, überlebensfähig ist. Insbesondere gilt dies gerade auch bei der Überwindung der immer wieder aufkommenden globalisierungsfeindlichen nationalistisch-zerstörerischen Ausbrüche, wie dem russischen Angriff auf die Ukraine, aber auch der „America-first“-Ideologie oder einer analogen „China No. 1“-Politik.

Nur durch gemeinsame Anstrengungen der verschiedenen politischen Kräfte kann der für die Globalisierung notwendige politische Rahmen, inclusive der notwendigen „Spielregeln“, beständig weiter verbessert werden.¹² Die Nachteile und Risiken der Globalisierung, auf die immer wieder auch hingewiesen werden muss, müssen als solche erkannt, ihre Wirkungen und Folgen analysiert und dann auch konstruktiv reduziert werden: Globale Zusammenarbeit kann nicht dauerhaft funktionieren, wenn nur Minderheiten oder Eliten sich hiervon Vorteile und Chancen versprechen können. Die adäquate politische Antwort hierauf besteht daher in einem zügigen weiteren systematischen Ausbau der verschiedenen Säulen der *Global Governance*.

Fußnoten

1 Der Economist (2019) prägte hierfür den Ausdruck „Slowbalisation“, eine interessante, aber kaum passende Bezeichnung für diese Entwicklung.

2 Ein in Deutschland zusammengebauter Kühlschrank kann aus 700 verschiedenen Teilen bestehen, die überwiegend importiert werden, vgl. Fromm et al., 2021.

3 VUCA: Volatility, Uncertainty, Complexity, Ambiguity.

4 In die gleiche Richtung wirkt der von der EU-Kommission im Februar 2022 vorgestellte „*European Chips Act*“, der durch massive industriepolitische Fördermaßnahmen den Anteil der europäischen Produktion von Halbleitern von derzeit 10 % Weltmarktanteil auf 20 % in 2030 erhöhen (bei gleichzeitig erwarteter Verdoppelung des Weltmarkts) und damit die Abhängigkeit von Importen verringern möchte; vgl. u. a. Finke & Martin-Jung, 2022.

5 Dies ist allerdings keineswegs ein neues Phänomen. Die gestiegenen Arbeitskosten im Ausland werden schon seit längerem durch die Rückverlagerung in hoch automatisierte Produktionsbetriebe im Inland kompensiert.

6 Derzeit bemüht sich China zudem um die Mitgliedschaft in einem weiteren Handelsbündnis, dem 2018 gegründeten transpazifischen CPTPP (*Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*), dem derzeit Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam angehören.

7 In der Vergangenheit wechselten sich Freihandels- und Protektionismus-Perioden ab. So folgte einer langen Phase des Freihandels nach dem Zweiten Weltkrieg die Phase des „Neuen Protektionismus“, etwa 1975 bis 1985, nach der sich anschließenden Freihandelsphase folgte dann etwa 2000 bis 2003 eine neue Phase des „Agrarprotektionismus“.

8 RCEP = *Regional Comprehensive Economic Partnership*, Mitglieder: ASEAN + Australien, Neuseeland, China, Japan, Süd-Korea, vereinbart in 11/2020. Die NAFTA (*North American Free Trade Area*) bestehend aus den USA, Kanada und Mexiko, wurde aufgelöst, anschließend wurde sie 2018 unter neuen Bedingungen als USMCA neu gegründet.

9 GAFA steht für die US-amerikanischen Internetunternehmen Google, Apple, Facebook und Amazon, die bis auf Amazon im kalifornischen *Silicon Valley* gegründet wurden.

10 Eine eindrucksvolle Populärliteratur liefert hierzu Dave Eggers mit seinen Romanen *Der Circle* (2013) und *Every* (2021).

11 In den USA sind dies u.a. die Bundesstaaten Delaware, Nevada, South-Dakota und Wyoming, in der EU gelten Belgien, Irland, Luxemburg, Malta, Ungarn und Zypern als Staaten mit aggressiven Steuerpraktiken.

12 In diese Richtung ist auch die Forderung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj zu verstehen, der aufgrund der blockierenden Haltung der Vetomächte im UN-Sicherheitsrat verlangt, das Veto-System zu reformieren und die Bedeutung anderer UN-Akteure zu stärken. Vgl. u. a. <https://www.tagesschau.de/ausland/selenskyj-ukraine-117.html>.

13 Letzter Zugriff auf die im Literaturverzeichnis genannten Internetquellen und die Links jeweils 08/2022.

Literatur¹

Antràs, P. (2020). *De-Globalisation? Global Value Chains in the Post-Covid-19-Age*, NBER Working Paper, 28115, Cambridge Mass.

Bauer, J. (2021). *Klimakatastrophen bedrohen die Weltwirtschaft stärker als gedacht*. In: SZ vom 27.10.2021.

Black, J. & Morrison, A. (2021). *Unternehmen in China: Wie das Land sich abkoppelt*. In: Harvard Business Manager vom 10.12.2021.

BMZ (2021). *Fragen und Antworten zum Lieferkettengesetz*.
file:///C:/Users/DRECKA~1/AppData/Local/Temp/faq-lieferkettengesetz.pdf.

Brown, A., Gunter, J. & Zenglein, M.J. (2021): *Course Correction. China's shifting approach to economic globalization*. In: MERICS vom 19.10.2021, https://merics.org/sites/default/files/2021-10/MERICS-ChinaMonitor_Globalization_2021-10-13.pdf.

Deuber, L. (2020). *Verunsicherte Weltmacht*. In: SZ vom 10.10.2020.

Economist (2019). *Slowbalisation. The steam has gone out of globalization*.
<https://www.economist.com/leaders/2019/01/24/thesteam-has-gone-out-of-globalisation>.

Europäische Kommission (2021). *Europäische Industriestrategie*,
https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digitalage/european-industrial-strategy_de.

Finke, B. & Martin-Jung, H. (2022). *Europa soll zur Chip-Weltmacht werden*. In: SZ vom 09.02.2022.

Fromm, T. et al. (2021). *Mangelwaren*. In: SZ vom 18.12.2021.

Hoberg, K. et al. (2022). *Zurück nach Europa*. In: Harvard Business Manager Januar 2022, S. 62 ff.

Koch, E. (2006/2). *Die Neue Weltwirtschaftsordnung. Tragen die USA dazu bei, die Globalisierung zu stabilisieren?* In: Wiecha, E. (Hrsg.), *Amerika und wir – US-Kulturen. Neue europäische Ansichten*, München/Mering, S. 267-287.

Koch, E. (2022). *Globalisierung – Wirtschaft und Politik*. 3. Aufl., Wiesbaden

Kolev, G. & Matthes, J. (2021). *Protektionismus und Abschottungstendenzen bremsen und verändern die Globalisierung*. In: Wirtschaftsdienst, 101 (11), S. 845–849.

Matthes, J. (2021). *De-Globalisierung, Protektionismus und Krisen treffen deutsches Exportmodell hart*, IW-Kurzbericht, Nr. 52.

McKinsey Global Institute (2019). *Globalization in transition: The future of trade and value chains*,
<http://www.mckinsey.com/featured-in-sights/innovation-and-growth/globalization-in-transition-the-future-of-trade-and-value-chains>.

Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (2021). *Ereignisbasierte Modellierung ökonomischer Folgen des Klimawandels*. <https://www.pik-potsdam.de/de/institut/abteilungen/transformationspfade/forschung/ereignisbasierte-modellierung/ereignisbasierte-modellierung>.

Straubhaar, T. (2021). *Nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Globalisierung*. In: Wirtschaftsdienst 101 (11), S. 841–844.

Ausgewählte Links

<https://www.tagesschau.de/ausland/selenskyj-ukraine-117.html>.

¹ Letzter Zugriff auf die im Literaturverzeichnis genannten Internetquellen und die Links jeweils 09/2022.